

# **UVP-Verfahren für Bundesstraßen in Österreich**

*Christine Rose*

## **I. Einleitung**

In Österreich wurde das Umweltverträglichkeitsprüfungs (UVP) -Verfahren im Jahr 1993 mit Wirkung ab 1.1.1994 eingeführt.

Seit der Erlassung des UVP-Gesetzes wurden etwa 40 Straßenbauprojekte mit UVP genehmigt, und darauf aufbauend 180 km Autobahn und Schnellstraße errichtet und 18 Anschlussstellen gebaut.

Vor 1994 wurden die Umweltbelange für alle Arten von Anlagen in den Genehmigungen nach den einzelnen Materienrechtsgesetzen wie z.B. dem Wasserrechtsgesetz, der Gewerbeordnung, dem Forstgesetz oder den Naturschutzgesetzen der Länder berücksichtigt und fanden Eingang in die jeweilige Genehmigungsentscheidung. Eine Zusammenschau der Auswirkungen eines Projektes fand bei den Bundesstraßen nur in Ansätzen und eine Abstimmung von Maßnahmen fand überhaupt nicht statt.

Durch das UVP-Gesetz wurde nun für Projekte ab einer bestimmten Größenordnung die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung verpflichtend festgelegt und gleichzeitig in einer Verfassungsbestimmung die Zuständigkeit dafür verankert. Dabei wurden große Zugeständnisse an den föderalen Charakter der österreichischen Republik gemacht. Während fast alle größeren Projekte, wie Industrieanlagen oder Wasserkraftwerke nun von den Landesregierungen mit einem Instanzenzug an den Umweltsenat zu behandeln waren und sind, blieb die Zuständigkeit für die Festlegung von Achsen für Bundesstraßen und von Trassen für Hochleistungsstrecken der Eisenbahn beim zuständigen Bundesminister. Zusätzlich waren und sind andere Genehmigungen erforderlich.

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren ist in Österreich kein selbständiges Verfahren, sondern als ein großes und umfassendes Ermittlungsverfahren in die Genehmigungsverfahren eingebettet. Eine Genehmigung für ein UVP-pflichtiges Projekt darf erst nach Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung erteilt werden. Sonst ist sie mit Nichtigkeit bedroht. Den Abschluss des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens kann man frühestens mit dem Schluss der mündlichen Verhandlung annehmen.

## **II. Zuständigkeit(en)**

Nach dem derzeitigen Stand ist der Bundesminister/die Bundesministerin für Verkehr für die Festlegung der Achse nach dem Bundesstraßengesetz, und für die Genehmigung nach dem UVP-Gesetz, dem Straßentunnelsicherheitsgesetz, dem Forstgesetz und allenfalls nach weiteren Gesetzen zuständig. Das Verfahren, das wir hier abwickeln, nennen wir das 1. teilkonzentrierte Verfahren. Im Rahmen dieses Verfahrens wird auch die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

Im sogenannten 2. teilkonzentrierten Verfahren entscheidet der Landeshauptmann nach den anderen Bundesgesetzen. Dabei kommen insbesondere das Wasserrechtsgesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz, das Eisenbahngesetz und das Denkmalschutzgesetz zur Anwendung.

In weiteren Verfahren bei der Landesregierung oder der Bezirkshauptmannschaft werden Bescheide nach den Landesgesetzen, wie insbesondere den Naturschutzgesetzen erteilt. Der Landeshauptmann und die Landesregierung bedienen sich desselben Amtes, nämlich des Amtes der Landesregierung, sodass die Verfahren im Land gemeinsam abgeführt werden können.

Nachdem das Umweltverträglichkeitsgutachten in Österreich eine zentrale Rolle spielt, ist die Frage der Gutachter von großer Bedeutung. So bestellt das BMVIT Sachverständige auf dem Gebiet des Verkehrs und der Verkehrssicherheit, der Luftreinhaltung, des Lärmschutzes, der Hydrogeologie, der Oberflächengewässer und des Grundwassers, der Ökologie, des Denkmalschutzes und weiterer Fachgebiete, falls dies erforderlich ist. Die Ämter auf Landesebene sind es gewohnt Amtssachverständige aus ihren Häusern zu bestellen. Es ist daher eine große Herausforderung und Aufgabe des BMVIT durch koordinierende Gespräche darauf hinzuwirken, dass möglichst dieselben Sachverständigen für das BMVIT und die nachfolgenden genehmigenden Behörden eingesetzt werden. Eine weitere Herausforderung ist es nach der mündlichen Verhandlung alle Auflagen, die die Projektwerberin ASFINAG einhalten muss, zwischen den Behörden richtig und eindeutig aufzuteilen, wobei das BMVIT höchstens eine moralische bzw. fachliche Autorität besitzt.

Wegen des großen Aufwandes, den diese Konstruktion mit sich bringt, ist derzeit ein Vorschlag im Gespräch, diese Fülle von Genehmigungen auf nur zwei Behörden zu konzentrieren, nämlich das BMVIT für alle Bundesmaterien und die Landesregierungen für alle Landesmaterien. Die Folge für das BMVIT wäre einerseits, dass manche Koordinationssaufgaben entfielen, andererseits, dass das Ministerium auch Genehmigungen nach anderen Gesetzen als bisher, wie z. B. nach dem Wasserrechtsgesetz, erteilen müsste. Die Bundesländer für diese Lösung zu gewinnen, wird die politische Aufgabe sein.

Projektwerberin ist im Fall der Bundesstraßen die ASFINAG, eine Aktiengesellschaft die zu 100 % im Eigentum des Bundes steht und deren Eigentumsanteile die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie verwaltet. Die Bundesstraßen, das sind die Autobahnen und Schnellstraßen, stehen im Eigentum des Bundes. Durch einen Vertrag wurde der ASFINAG das Fruchtgenussrecht an den Bundesstraßen und damit das Recht ein Benützungsentgelt einzuheben übertragen. Gleichzeitig hat sie die Pflicht, die Bundesstraßen nach einem gemeinsam festgelegten Bauprogramm zu planen, zu errichten, zu erhalten und zu betreiben.

### **III. Der Ablauf der Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die grundlegenden Gedanken der UVP, nämlich die Auswirkungen eines Projekts auf die Umwelt, das heißt auf Menschen, Tiere, Pflanzen und ihre Lebensräume, Boden, Wasser, Luft und Klima etc. darzulegen und negative Auswirkungen möglichst gering zu halten und dabei die Öffentlichkeit zu beteiligen, sind Ihnen als Experten ja bekannt.

Jedes UVP-Verfahren für Bundesstraßen beginnt in Österreich formal mit einem Antrag der ASFINAG beim BMVIT auf Festlegung einer Straßenachse aufgrund eines konkreten Projektes. Voraussetzung ist, dass der Straßenzug an sich, also z.B die Strecke Wien – Marchegg, im Bundesstraßengesetz schon festgelegt wurde. Dem Antrag sind Planungen vorausgegangen, die von einer technischen Abteilung des BMVIT begleitet wurden.

Die Projektunterlagen werden sodann von den von uns bestellten Sachverständigen darauf hin geprüft, ob sie vollständig und geeignet sind, der Öffentlichkeit zur Stellungnahme präsentiert zu werden. Sind die Unterlagen vollständig, werden sie an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), an den Umweltanwalt des jeweiligen Bundeslandes, das wasserwirtschaftliche Planungsorgan, an die Standortgemeinden und die mitwirkenden Behörden versendet.

Bei den Standortgemeinden und beim BMVIT werden dann die Unterlagen für sechs Wochen öffentlich aufgelegt. Jedermann kann dazu eine Stellungnahme abgeben. Dazu gehören auch registrierte Umweltorganisationen (NGOs) und Bürgerinitiativen. Eine Bürgerinitiative entsteht, indem mindestens 200 Personen, die in einer Standortgemeinde oder einer der angrenzenden Gemeinden wahlberechtigt sind, zum konkreten Projekt eine Stellungnahme abgeben. Nachbarn können Einwendungen erheben, wenn sie denken, dass sie in ihrem Leben oder ihrer Gesundheit gefährdet oder unzumutbar belästigt werden. Der Umweltanwalt, NGOs und Bürgerinitiativen können jede Verletzung einer Bestimmung zum Schutz der Umwelt geltend machen.

Während dieser Zeit arbeiten die Sachverständigen am Umweltverträglichkeitsgutachten, in dem das Projekt und seine Auswirkungen bewertet und allenfalls zusätzliche Maßnahmen vorgeschlagen werden. Sie beantworten auch die Stellungnahmen, die bei der öffentlichen Auflage hereingekommen sind, soweit es keine Rechtsfragen sind.

Sodann ist das Umweltverträglichkeitsgutachten für 4 Wochen öffentlich aufzulegen. Daran schließen wir gewöhnlich die mündliche Verhandlung an, in der die Beteiligten ihre Stellungnahme erläutern und Fragen an die Sachverständigen stellen können. Die ASFINAG hat auch Gelegenheit, Argumente gegen die Auferlegung von bestimmten Auflagen vorzutragen.

Das Protokoll der mündlichen Verhandlung ist eine Woche nach ihrem Ende öffentlich aufzulegen. Wenn alle Ermittlungen abgeschlossen sind, wird der Bescheid des BMVIT erlassen.

Die ASFINAG stellt, gewöhnlich noch während das BMVIT am Bescheid arbeitet, Anträge bei den anderen Behörden. Der Bescheid des BMVIT kann beim Verwaltungsgerichtshof und, wenn Grundrechtsverletzungen behauptet werden, beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Die ASFINAG kann in der Regel schon mit der Ausschreibung der Arbeiten beginnen.

Während des Baues liefert die ASFINAG Quartalsberichte über die Erfüllung der Maßnahmen und Auflagen, es ist jedoch auch notwendig, im Anlassfall, eine Besichtigung vor Ort zu machen.

Drei bis fünf Jahre nach der Verkehrsfreigabe ist die Bundesministerin für Verkehr gemeinsam mit den mitwirkenden Behörden verpflichtet, die Nachkontrolle durchzuführen. Sie bezieht sich darauf, ob die Auflagen eingehalten wurden und ob die Annahmen, unter denen das Projekt genehmigt wurde, auch zutreffen haben. In Bezug auf Verkehr, Lärm und Luftschadstoffe werden Berechnungen von der ASFINAG vorgelegt, in Bezug auf die Ökologie ist vorgesehen, dass es Schwerpunktuntersuchungen, auch quer über mehrere Projekte, gibt.

Auch der Rechnungshof prüft verschiedene Aspekte der Projekte und der UVP-Verfahren. Dabei müssen sowohl die ASFINAG als staatliches Unternehmen als auch die Behörde Rede und Antwort stehen.

Zur UVP im Verhältnis zur neueren Verwaltungslehre darf ich auf einen Aufsatz von mir verweisen: UVP für Bundesstraßen im Lichte von Public governance, der auf der Homepage des BMVIT zu finden ist ([www.bmvit.gv.at](http://www.bmvit.gv.at)).

#### **IV. Die Herausforderungen**

In Zeiten der Einsparungen auf allen Ebenen wird es für das BMVIT eine große Herausforderung sein,

- gute Projekte hereinzubekommen,
- mit knappem Personal zurecht zu kommen,
- die allfällige Erweiterung der Kompetenzen des BMVIT in Richtung Wasserrecht auch fachlich abzudecken und
- weiterhin Entscheidungen, die vor den Höchstgerichten Bestand haben, zu treffen.

Dr. Christine Rose  
Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie  
Österreich  
<http://www.bmvit.gv.at/ministerium/kontakt/nachgeordnete.html>